



Hamburg, 01.07.2021

## Dringlichkeitsaktion 14/21 – **KOLUMBIEN:** Gewalt gegen Demonstrierende



**Kolumbien:** 44,9 Mio. Einwohner auf 1.141.748 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 6990 \$ (2012), 86% europäischer, europäisch-indigener und europäisch-afrikanischer Herkunft, 11% afrikanischer, 3% indigener Abstammung, Religion: 92% Katholiken, Minderheiten von Protestanten und Juden. Kolumbien hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Seit dem 28. April kommt es in verschiedenen Landesteilen von Kolumbien Demonstrationen gegen den von Präsident Iván Duque vorgelegten Gesetzentwurf zu einer Steuerreform. Die Proteste waren anfangs überwiegend friedlich und hatten sich zu einem Generalstreik ausgeweitet, wurden jedoch vielfach unter Gewaltanwendung aufgelöst. Zunehmend haben auch Demonstrierende Gewalt angewendet.

Am 1. Mai kündigte der Präsident den Einsatz des Militärs in „den Städten“ an, „in denen ein hohes Risiko für die Bevölkerung besteht“ und betonte: „Ich möchte eine deutliche Warnung an diejenigen aussprechen, die mittels Gewalt, Vandalismus und Terrorismus versuchen, unsere Gesellschaft einzuschüchtern und glauben, dass sie auf diese Weise die Institutionen zum Einbrechen bringen“.

Dutzende Menschen wurden laut Amnesty International (AI) bisher getötet, Hunderte wurden verletzt oder willkürlich inhaftiert und zahlreiche Personen sollen dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen sein. Mehr als sechzig Menschen wurden getötet, circa 2400 verletzt und mindestens 120 werden vermisst. Aus Cali und Bogotá, aber auch aus Medellín, Barranquilla, Manizales und Yumbo erreichen uns immer wieder Berichte über Erschießungen aus nächster Nähe, willkürliche Verhaftungen, sexuellen Missbrauch und Hinrichtungen im Schnellverfahren. Vor dem Spital der Stadt Popayán wurden Patienten und medizinisches Personal mit Tränengasbomben beschossen.

Die Steuerreform sah vor, bis 2031 die Steuern für Private und Unternehmen um etwa zwei Prozent des BIP zu erhöhen. Obwohl der umstrittene Gesetzesentwurf zurückgezogen wurde, haben sich die Proteste ausgeweitet. Die Oppositionellen verlangen nun die Erneuerung des Gesundheitssystems und die Einhaltung des Friedensabkommens von 2016. In der Tat wurde die geplante Entmilitarisierung nie umgesetzt, und die Gewalt nimmt wieder zu. Unter dem Vorwand, der Protest sei terroristisch infiltriert und deshalb eine Bedrohung, ordnete Präsident Iván Duque militärische Unterstützung für die Polizei an – trotz des Widerstands der kommunalen Behörden der großen Städte.

Während in Mahnwachen der Opfer der Demonstrationen gedacht wird, verstärkt sich der Druck auf die Regimegegner. Mitglieder von NGOs, Gewerkschaften und Beobachtermissionen wurden zur Zielscheibe. Gespräche zwischen einem Streikkomitee und der Regierung sind bisher ergebnislos verlaufen.

Seit den nationalen Streiks von 2019 und September 2020 verletzt die systematische Repression sämtliche Bestimmungen, die das Recht auf friedlichen Protest garantieren sollen.

Mit dem Appellbrief beteiligen wir uns an einer Initiative der ACAT Belgien.



Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Republik Kolumbien und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto Luftpost 1,10 EUR). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.08.2021.*

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/26396125, S.E. Herrn Hans-Peter Knudsen; Email: ealemania@cancilleria.gov.co ]